

Vertrag über Projektsteuerungsleistungen für die

„Energetische Sanierung des Hallenbads in Kaarst-Büttgen“

Zwischen dem

Kaarster Gesellschaft für Bäder mbH
Am Neumarkt 2
41564 Kaarst

- nachfolgend Auftraggeber genannt -

und

... ***[wird später ergänzt]***

- nachfolgend Auftragnehmer genannt -

wird folgender Vertrag über Projektsteuerungsleistungen geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Gegenstand des Vertrages.....	3
§ 2	Bestandteile/Grundlagen des Vertrages	3
§ 3	Leistungen des Auftragnehmers.....	3
§ 4	Leistungen des Auftraggebers.....	9
§ 5	Termine und Fristen	10
§ 6	Vollmacht des Auftragnehmers	11
§ 7	Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer	11
§ 8	Abnahme.....	12
§ 9	Pauschalpreise	12
§ 10	Rechnungsstellung/Zahlungsbedingungen	14
§ 11	Mängelhaftung/Haftpflichtversicherung.....	15
§ 12	Aufrechnung und Zurückbehaltungsrechte, Herausgabe von Unterlagen	16
§ 13	Nutzungsrechte	17
§ 14	Vertragsdauer und Kündigung.....	17
§ 15	Tariftreue.....	19
§ 16	Geheimhaltung, Datenschutz, IT-Sicherheit	19
§ 17	Veröffentlichungen	19
§ 18	Gerichtsstand	20
§ 19	Salvatorische Klausel/Vertragsänderungen und -ergänzungen/Ansprechpartner	20

§ 1 Gegenstand des Vertrages

Gegenstand dieses Vertrages sind Projektsteuerungsleistungen für die energetische Sanierung des Hallenbads in Kaarst-Büttgen.

§ 2 Bestandteile/Grundlagen des Vertrages

2.1 Vertragsbestandteile sind in nachstehender Rangfolge:

2.1.1 die Regelungen dieses Vertrages;

2.1.2 die Vergabeunterlagen einschließlich aller Anlagen (**Anlagenkonvolut 1**), Stand ... ;

2.1.3 der Fragen- und Antwortenkatalog, Stand ... (**Anlage 2**);

2.1.4 das Angebot des Auftragnehmers (**Anlage 3**) vom ... *[Eintragung erfolgt nach Zuschlagserteilung]*;

2.2 Im Falle von widersprüchlichen Regelungen gelten die Regelungen des jeweils vorstehenden Vertragsbestandteils.

2.3 Grundlagen des Vertrages sind darüber hinaus alle für das Bauvorhaben einschlägigen gesetzlichen, öffentlich-rechtlichen und behördlichen Vorschriften, Verordnungen, Richtlinien sowie technischen Bestimmungen und die allgemein anerkannten Regeln der Technik unter Berücksichtigung der Funktionalität und der Wirtschaftlichkeit.

2.4 Soweit in diesem Vertrag keine anderen Vereinbarungen getroffen sind, finden die Bestimmungen über den Werkvertrag (§§ 650p ff. BGB) mit Ausnahme der §§ 650e – f BGB Anwendung.

§ 3 Leistungen des Auftragnehmers

3.1 Die Leistungen werden in folgende Projektstufen beauftragt:

- Projektstufe 2 Planung (mit Zuschlag)
- Projektstufe 3 Ausführungsvorbereitung (optional)
- Projektstufe 4 Ausführung (optional)
- Projektstufe 5 Projektabschluss (optional)

3.2 Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer mit Unterzeichnung dieses Vertrages alle erforderlichen Projektsteuerungsleistungen der Projektstufe 2 für die energetische Sanierung des Hallenbads in Kaarst-Büttgen.

Der Auftraggeber beabsichtigt, dem Auftragnehmer bei Fortsetzung der Planung und Durchführung der Baumaßnahmen die Leistungen der Projektstufen 3 – 5 einzeln zu übertragen. Die Übertragung erfolgt durch schriftliche Mitteilung des Auftraggebers. Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Projektstufen 3 ff. besteht nicht.

Bei einer etwaigen weiteren Beauftragung über die Projektstufe 2 hinaus gelten die Bedingungen dieses Vertrages. Aus der stufenweisen Beauftragung oder Teilbeauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars oder sonstige Ansprüche, insbesondere auf Entschädigung oder Schadensersatz (aus Personalvorhaltung, Behinderung oder Unterbrechung) geltend machen.

Insbesondere steht es dem Auftraggeber frei, die Projektstufen nicht nahtlos nacheinander, sondern auch mit Zeitversatz zu beauftragen, ohne dass dies zu einer Erhöhung des Honorars oder sonstigen Ansprüchen auf Entschädigung oder Schadensersatz führt. Eine Anpassung des Honorars aufgrund einer zeitversetzten und nicht nahtlosen Beauftragung besteht nur dann, wenn die Beauftragung ein Jahr nach Abschluss der letzten beauftragten Stufe erfolgt. Der Auftragnehmer muss in diesem Fall nachweisen, inwieweit durch die verspätete Beauftragung Mehrkosten entstehen.

- 3.3 Der Auftragnehmer darf innerhalb der jeweils beauftragten Projektstufe mit Leistungen einer nachfolgenden Projektstufe erst beginnen, wenn er zuvor sämtliche Leistungen der vorhergehenden Projektstufe erbracht und abgeschlossen, deren Fertigstellung dem Auftraggeber angezeigt und die Ergebnisse jeder Projektstufe mit dem Auftraggeber erörtert hat. Nach vollständiger Fertigstellung einer Projektstufe hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Arbeitsergebnisse und alle Unterlagen in Ordnern gesammelt und zusätzlich auf Datenträger zu übergeben und die Ergebnisse in einem Statusbericht zu dokumentieren und zusammenzufassen.

Sämtliche Ergebnisse der Projektsteuerungsleistungen erfordern vor Freigabe und Umsetzung die vorherige Abstimmung mit dem Auftraggeber. Die Freigabe beinhaltet noch keine Abnahme der Leistungen.

- 3.4 Der Auftragnehmer hat im Rahmen des ihm übertragenen Leistungsumfangs alle erforderlichen Leistungen zu erbringen, damit das Projekt und Bauvorhaben vertragsgerecht, insbesondere mängelfrei sowie innerhalb der vereinbarten Planungs- und Bauzeit (§ 5) und des vom Auftraggeber vorgegebenen Kostenrahmens (netto) in Höhe von EUR 8,15 netto (KG 300/400) ausgeführt und fertig gestellt wird (Vertrags- und Projektziele). Die in der Leistungsbeschreibung genannten Einzelleistungen beschreiben und beinhalten die Mindestanforderungen zur Herbeiführung der vereinbarten Vertrags- und Projektziele.
- 3.5 Die Vertrags- und Projektziele sind vom Auftragnehmer unter allen Umständen und unabhängig von den in der **Anlage 1** beschriebenen Einzelleistungen im Rahmen des ihm

übertragenen Leistungsumfangs herbeizuführen und einzuhalten (Werkerfolg). Zum geschuldeten Werkerfolg gehört das Herbeiführen und Bewirken eines nach den Vorgaben des Auftraggebers im Zusammenwirken mit den anderen Projektbeteiligten vertragsgemäß geplanten Projektes einschließlich eines umfassend koordinierten und kontrollierten Projektablaufs sowie das Entstehen lassen und Bewirken eines mängelfreien und vertragsgerechten Bauwerks. Dazu gehört insbesondere die Steuerung und Kontrolle sowie das Herbeiführen und Bewirken einer vertragsgerechten Leistungserfüllung durch sämtliche Projektbeteiligte, insbesondere der Planer, Fachplaner, Sonderfachleute, Berater und der Objektüberwacher/Bauüberwacher.

- 3.6 Der Auftragnehmer hat seine Leistungen in einem solchen Umfang und in einer solchen Qualität zu erbringen, wie dies zu einer ordnungsgemäßen Bearbeitung zweckmäßig oder notwendig ist, auch wenn dies im Einzelfall in der Aufgabenbeschreibung gemäß **Anlage 1** nicht ausdrücklich beschrieben sein sollte, jedoch der Sache nach zur Funktion und Tätigkeit eines gewissenhaften Projektsteuerers gehört und/oder zur Erreichung der vorbeschriebenen Vertrags- und Projektziele erforderlich ist.
- 3.7 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die ihm übertragenen Leistungen und Aufgaben nach den anerkannten Regeln der Technik und den gültigen baurechtlichen und öffentlich-rechtlichen Vorschriften sowie nach dem Grundsatz der größtmöglichen Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit auch hinsichtlich späterer Unterhaltungs- und Betriebskosten zu erfüllen und die Anordnungen, Vorgaben und Anregungen des Auftraggebers zu beachten. § 4 Nr. 3 VOB/B (Bedenkenmitteilung) gilt entsprechend.
- 3.8 EN-Normen, DIN-Normen, VDE-Bestimmungen, VDI-Bestimmungen oder ähnliche allgemein zugängliche Normen und Bestimmungen hat sich der Auftragnehmer ohne Anspruch auf eine gesonderte Vergütung selbst zu beschaffen.
- 3.9 Der Auftragnehmer hat auf die Optimierung des Projekts im Hinblick auf die Vertrags- und Projektziele hinzuwirken und dabei insbesondere Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen zu berücksichtigen.
- 3.10 Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber über die Notwendigkeit der Einschaltung von Partnern, Fachplanern, Sonderfachleuten (z. B. Brandschutz, Baugrund, Statik, Haustechnik, Bauphysik) und Beratern sowie sonstiger Projektbeteiligter und Dritter so rechtzeitig zu beraten, dass diese ohne Projektverzögerungen beauftragt werden können. Der Auftragnehmer hat die Leistungen der v. g. Beteiligten zeitlich zu koordinieren und zu steuern sowie mit seinen Leistungen abzustimmen und auf Plausibilität und Konformität zu seinen Leistungen zu prüfen. Forderungen und Bedingungen der v. g. Beteiligten hat der Auftragnehmer bei seinen Leistungen zu berücksichtigen und in seine Projektsteuerung einzuarbeiten bzw. zu integrieren. Hat der Auftragnehmer Bedenken gegen die Integration, hat er den Auftraggeber darauf schriftlich hinzuweisen und einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten.

Der Auftragnehmer hat seine Leistungen nach der Integration der Beiträge der Partner, Fachplaner, Sonderfachleute (z. B. Brandschutz, Baugrund, Statik, Haustechnik, Bauphysik) und Berater sowie sonstiger Projektbeteiligter und Dritter vor Übergabe an den Auftraggeber mit ihnen und den anderen fachlich Beteiligten endgültig abzustimmen.

Der Auftragnehmer wird von seiner Verantwortung zur Prüfung, Kontrolle, Koordinierung und Überwachung nicht dadurch befreit, dass einer der Partner, Fachplaner, Sonderfachleute (z. B. Brandschutz, Baugrund, Statik, Haustechnik, Bauphysik) und Berater sowie sonstiger Projektbeteiligter und Dritter im Rahmen seiner Leistungen gegenüber dem Auftraggeber ebenfalls zur Kontrolle, Koordinierung oder Überwachung verpflichtet ist.

- 3.11 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen in Abstimmung mit den anderen fachlich Beteiligten, insbesondere dem Planer, den Fachplanern und den Baubeteiligten zu erbringen, insbesondere deren Leistungen bei der eigenen Leistungserbringung zu berücksichtigen und auf Einhaltung der Vertrags- und Projektziele zu prüfen. Der Auftragnehmer hat für eine vertragsgerechte Leistungserfüllung sämtlicher Projektbeteiligter, insbesondere der Planer, Fachplaner, Sonderfachleute, Berater und Objektüberwacher sowie der bauausführenden Unternehmen sowie für eine Kontrolle aller planerischen und bauausführenden Fachbereiche im Sinne einer kompetenten, fachlichen und ganzheitlichen Unterstützung des Auftraggebers zur Erreichung der vorgenannten Vertrags- und Projektziele Sorge zu tragen.
- 3.12 Der Auftragnehmer hat seine Leistungen in die vorgegebene, festgelegte und fortgeschriebene Terminplanung sowie in den vereinbarten und fortgeschriebenen Bauablauf einzubinden und dafür Sorge zu tragen, dass alle erforderlichen Planungs- und Überwachungsleistungen innerhalb der vereinbarten Qualitäten, Fristen und des vereinbarten Kostenbudgets erbracht und in keiner Weise verzögert werden.
- 3.13 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Interessen des Auftraggebers gewissenhaft wahrzunehmen und in jedem Stadium der Abwicklung dieses Vertrages eng mit dem Auftraggeber zusammenzuarbeiten, die Leistungen des Auftraggebers mit seinen Leistungen abzustimmen, den Auftraggeber fortlaufend zu informieren und alle auftretenden oder vorhersehbaren Probleme in enger Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber und den Projektbeteiligten zu klären. Im Rahmen der Informationspflicht ist der Auftragnehmer zu einer umfassenden Protokollierung aller Termine und Dokumentation des Projektablaufes verpflichtet. Es ist mindestens einmal monatlich ein schriftlicher Bericht in Kurz- und Langfassung über den aktuellen Projektstand (Kosten, Termine, Qualitäten) beim Auftraggeber einzureichen.
- 3.14 Hat der Auftragnehmer gegen die Anwendung der vom Auftraggeber übergebenen Unterlagen oder der einzuhaltenden Bestimmungen oder Richtlinien Bedenken oder stellt

er Lücken, Überschneidungen, Unklarheiten oder Widersprüche bei der Leistungserbringung der Projektbeteiligten fest, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich hierauf schriftlich hinzuweisen und darzulegen, wie diesen Bedenken Rechnung getragen werden kann oder wie diese Lücken, Überschneidungen, Unklarheiten oder Widersprüche geschlossen, verhindert oder beseitigt werden können. Verletzt der Auftragnehmer diese Überprüfungs- und Mitteilungspflicht, so ist er dem Auftraggeber zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Aus verbliebenen Unklarheiten oder Widersprüchen kann der Auftragnehmer keinerlei Rechte ableiten.

- 3.15 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber jeweils unverzüglich gesondert schriftlich zu berichten, falls er bei Planern, bauausführenden Unternehmen oder sonstigen mit dem Projekt befassten Beteiligten die Gefahr von Leistungsstörungen erkennt, die Termin- oder Kostenüberschreitungen bewirken oder andere negative Auswirkungen auf die Vertrags- und Projektziele haben können.

Insbesondere hat der Auftragnehmer frühzeitig negative Entwicklungen hinsichtlich Kosten, Termine und der Qualität der Leistungen oder Lieferungen dem Auftraggeber schriftlich anzuzeigen und rechtzeitig dem Auftraggeber geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen vorzuschlagen und/oder Entscheidungshilfen zu geben. Der Auftragnehmer hat zudem den Auftraggeber rechtzeitig davon zu unterrichten, wann welche auftraggeberseitigen Entscheidungen zu treffen sind.

- 3.16 Der Auftragnehmer hat sich zur Erfüllung seiner Leistungen ständig im ausreichenden Umfang über das Projekt zu informieren. Sind Unterlagen und Informationen oder weitere Auskünfte erforderlich, hat der Auftragnehmer diese rechtzeitig vom Auftraggeber anzufordern.

Sollten Daten, Informationen oder Unterlagen im Besitz anderer Projektbeteiligter sein, hat der Auftragnehmer diese dort direkt anzufordern und den Auftraggeber gleichzeitig darüber zu informieren und den Eingang zu dokumentieren.

Zur Ausführung der Leistungen dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom Auftraggeber als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind bzw. hierfür freigegeben werden. Die Verantwortung und Haftung des Auftragnehmers nach diesem Vertrag wird dadurch nicht eingeschränkt. Sämtliche dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellten Unterlagen bleiben Eigentum des Auftraggebers. Der Auftragnehmer darf diese Unterlagen an Dritte nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers weitergeben.

Bedenken gegen Unterlagen, Vorgaben oder Entscheidungen hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

- 3.17 Sollte sich aus der dem Auftragnehmer obliegenden Sorge für die organisations-, qualitäts-, kosten- und termingerechte Abwicklung der Baumaßnahme Weisungen an andere

fachliche Beteiligte oder Entscheidungen des Auftraggebers als notwendig erweisen, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich zu informieren, zu beraten und diesen bei der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zu unterstützen.

- 3.18 Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber in jeder Phase des gesamten Projekts und der Ausführung rechtzeitig schriftlich auf voraussichtliche Qualitäts-, Kosten- und Terminabweichungen hinzuweisen und Lösungsvorschläge zur Einhaltung der vom Auftraggeber vorgegebenen Qualitäten, Kosten und Termine zu unterbreiten. Der Auftragnehmer hat durch seine Leistungen für das notwendige reibungslose Zusammenwirken und für eine umfassende und schnelle Information aller Projektbeteiligten zu sorgen.
- 3.19 Sollten Regelwerke in Überarbeitung sein oder irgendwelche Unklarheiten über die fachlich allgemein anerkannten Regeln der Technik vorliegen, die Einfluss auf die Projektsteuerung haben könnten, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber hierüber unverzüglich schriftlich zu informieren.
- 3.20 Der Auftragnehmer und hier insbesondere der Projektleiter und/oder sein Stellvertreter sind verpflichtet, an den vom Auftraggeber oder von anderen Projektbeteiligten anberaumten Besprechungen teilzunehmen. Die Ergebnisse hat der Auftragnehmer in die von ihm geschuldeten Projektmanagementleistungen einzuarbeiten. Der Auftragnehmer hat über Besprechungen Niederschriften anzufertigen und diese dem Auftraggeber unverzüglich zu übermitteln (Protokoll- und Dokumentationspflicht). Zudem ist der Auftragnehmer verpflichtet, an Ausschusssitzungen bzw. Terminen zur Berichterstattung vor politischen und verwaltungsinternen Gremien teilzunehmen.
- 3.21 Der Auftragnehmer hat die ihm übertragenen Leistungen selbst in seinem Büro mit eigenen (angestellten oder freien) Mitarbeitern zu erbringen. Dritte, insbesondere Nachunternehmer, dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers in die Projektabwicklung eingezogen werden. Der Auftraggeber wird die Zustimmung nur bei Vorliegen berechtigter Gründe verweigern. Liegt die Zustimmung des Auftraggebers zur Einbeziehung Dritter in die Vertragserfüllung vor, hat der Auftragnehmer die Verträge mit Dritten so zu gestalten, dass diese vollumfänglich, insbesondere im Hinblick auf Termin- und Kostensicherheit, den zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer geregelten Pflichten entsprechen. Gleiches gilt für die Versicherungspflicht. Der Auftragnehmer hat ferner zu vereinbaren, dass eine weitere (Unter-)Vergabe nur nach Einwilligung des Auftraggebers zulässig ist. Vergibt der Auftragnehmer nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers dieses Vertrages Leistungen/Leistungsteile an einen Nachunternehmer/Dritten und entspricht dessen Leistung trotz Abmahnung durch den Auftraggeber nicht den vertraglichen Anforderungen oder ist sie aus sonstigen Gründen mangelhaft, unzureichend oder unvollständig, so ist der Auftraggeber berechtigt, den Austausch dieses Nachunternehmers und die Leistungserbringung durch den Auftragnehmer oder einen anderen Dritten zu verlangen. Kommt der Auftragnehmer dieser

Verpflichtung nicht nach, so ist der Auftraggeber zur Kündigung des Vertrags mit dem Auftragnehmer hinsichtlich der entsprechenden Leistung (Teilkündigung) aus wichtigem Grund berechtigt. Die Verantwortlichkeit des Auftragnehmers bleibt davon unberührt.

- 3.22 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle für seine Leistungen eingesetzten technischen Lösungen, soweit wie objektiv möglich, mit auf dem Markt frei erhältlichen technischen Systemen und Standards kompatibel sind. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass sämtliche von ihm genutzten Verfahren zur Erfüllung der von ihm nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen nach Beendigung dieses Vertrages auch vom Auftraggeber oder einem von ihm bestimmten Dritten genutzt werden können, ohne dass dem Auftraggeber oder dem Dritten hierfür besondere Kosten, etwa in Form von Lizenzentgelten, entstehen, es sei denn der Auftraggeber hat vorher zugestimmt.
- 3.23 Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass es sich beim Auftraggeber um einen öffentlichen Auftraggeber handelt, der bei der Beauftragung der Planungs- und Bauleistungen das Vergaberecht anwendet.

§ 4 Leistungen des Auftraggebers

- 4.1 Der Auftraggeber nimmt die Projektleitung wahr und erbringt dabei folgende Tätigkeiten:
- Rechtzeitiges Herbeiführen bzw. Treffen der erforderlichen Entscheidungen;
 - Durchsetzen der erforderlichen Maßnahmen und Vollzug der Verträge;
 - Herbeiführen aller erforderlichen Einwilligungen, Genehmigungen und Erlaubnisse im Hinblick auf die Genehmigungsreife;
 - Konfliktmanagement zur Ausrichtung der unterschiedlichen Interessen der Projektbeteiligten hinsichtlich Qualität, Kosten und Terminen, u.a. im Hinblick auf:
 - o die Pflicht der Projektbeteiligten zur fachlich-inhaltlichen Integration der verschiedenen Planungsleistungen und
 - o die Pflicht der Projektbeteiligten zur Untersuchung von alternativen Lösungsmöglichkeiten;
 - Leiten von Projektbesprechungen auf Geschäftsführungs- und Vorstandsebene zur Vorbereitung, Einleitung oder Durchsetzung von Entscheidungen;
 - Führen aller Verhandlungen mit projektbezogener vertragsrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Bindungswirkung;
 - Wahrnehmen der zentralen Projektanlaufstelle/Sorge für die Abarbeitung des Entscheidungs-/Maßnahmenkatalogs
 - Wahrnehmen von projektbezogenen Repräsentationspflichten gegenüber Nutzern, dem Finanzier sowie den Trägern öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit;
 - Führen der Baubuchhaltung;
 - Sicherstellung der Projektfinanzierung.

- 4.2 Der Auftraggeber fördert die Projektabwicklung und wird die erforderlichen Entscheidungen innerhalb angemessener Zeit treffen. Der Auftraggeber hat seine Vorgaben und Absichten jeweils rechtzeitig in Abstimmung mit dem Auftragnehmer zu konkretisieren und umzusetzen.
- 4.3 Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer nach Aufforderung durch den Auftragnehmer alle für die Ausführung der Leistungen notwendigen Unterlagen zur Verfügung.

§ 5 Termine und Fristen

- 5.1 Der Auftragnehmer hat die einzelnen geschuldeten Projektsteuerungsleistungen und bei Beauftragung auch die Projektleitung und alle damit zusammenhängenden Aufgaben je nach Erfordernis gemäß den unten genannten voraussichtlichen Terminen zu erbringen. In diesem Rahmen hat der Auftragnehmer seine Leistungen so zügig zu beginnen, zu fördern, auszuführen und zu vollenden, dass die einzelnen Projektstufen und das Bauvorhaben ohne zeitliche Verzögerungen realisiert werden können.
- 5.2 Der Auftragnehmer hat bei Beauftragung der entsprechenden Projektstufen den jeweiligen Fertigstellungstermin für diese Projektstufe einzuhalten. Fertigstellungstermin ist spätestens der 30. September 2028, die Projektsteuerungsleistungen haben zur Unterstützung bei der Erstellung des Verwendungsnachweises und der Mängelbeseitigung eine voraussichtliche „Nachlaufzeit“ bis zum 31. Dezember 2028.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle für die Ausführung der Projektabwicklung erforderlichen Leistungen so rechtzeitig zu erbringen, dass die o. g. Termine bzw. die bei Beauftragung der Projektstufe festgelegten Termine nicht aus Gründen gefährdet oder verzögert werden, die (auch) im Einfluss- oder Verantwortungsbereich des Auftragnehmers liegen.

- 5.3 Bei vom Auftragnehmer verschuldeten Terminüberschreitungen (auch solche, die keine Vertragsfristen und Vertragstermine betreffen), ist der Auftraggeber berechtigt, auf Kosten des Auftragnehmers Dritte mit der Ausführung der nicht frist- oder termingerecht erbrachten Leistungen des Auftragnehmers nach Eintritt des Leistungsverzugs zu beauftragen (Ersatzvornahme). Leistungsverzug ist gegeben, wenn der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine angemessene Frist zur Leistungserbringung und Vertragserfüllung setzt und sie mit einer ausdrücklichen Mahnung verbindet und der Auftragnehmer die Leistung ungeachtet dessen nicht innerhalb der gesetzten Frist erbringt.

Der Auftraggeber wird jedoch vor Einleitung und Durchführung einer etwaigen Ersatzvornahme dem Auftragnehmer unter erneuter Nachfristsetzung Gelegenheit geben, die Fertigstellung nachzuholen.

Weitergehende Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

§ 6 Vollmacht des Auftragnehmers

- 6.1 Der Auftragnehmer ist zur rechtsgeschäftlichen Vertretung des Auftraggebers nicht berechtigt. Soweit es seine Aufgaben erfordern und zur Vertragserfüllung notwendig ist, ist der Auftragnehmer jedoch berechtigt und verpflichtet, die Rechte des Auftraggebers zu wahren, insbesondere im Rahmen der vertragsgegenständlichen Leistungen. Der Auftragnehmer darf den am Gesamtprojekt beteiligten Unternehmen notwendige Weisungen geben und Anordnungen treffen, die zur vertragsgemäßen Ausführung der vom Auftraggeber beauftragten Leistungen und zur Sicherstellung einer störungsfreien Projektabwicklung notwendig sind, sofern sie keine wirtschaftlichen oder finanziellen Auswirkungen für den Auftraggeber haben.
- 6.2 Der Auftragnehmer hat ausschließlich die Weisungen bzw. Anordnungen des Projektleiters des Auftraggebers gemäß § 7 Ziffer 7.1, insbesondere zu Leistungsergänzungen, Leistungserweiterungen, Leistungsreduzierungen oder zum Leistungsablauf zu beachten und sie bei seiner Leistungserbringung umzusetzen.

§ 7 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer

- 7.1 Die Projektleitung des Auftraggebers setzt sich wie folgt zusammen aus Dr. Sebastian Semmler und Michael Wilms.

Die vorgenannten Personen sind Vertreter des Auftraggebers und zu allen Handlungen, Weisungen und Entscheidungen gegenüber den Projektbeteiligten bevollmächtigt, sofern nicht der Auftraggeber durch seine Geschäftsführung ausdrücklich etwas anderes bestimmt.

- 7.2 Der Auftragnehmer benennt folgenden verantwortlichen und vertretungsberechtigten Vertreter/Projektleiter ... **[wird vor Vertragsschluss ergänzt]** und folgenden Stellvertreter/stellvertretenden Projektleiter **[wird vor Vertragsschluss ergänzt]**, die zu allen Handlungen, Weisungen und Entscheidungen gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigt sind. Die vorgenannten Projektleiter/Projektstellvertreter wurden bereits im Angebot benannt und dürfen nur durch mit Zustimmung des Auftraggebers ersetzt werden. Die Zustimmung darf verweigert werden, wenn keine vgl. Qualifikation (Hochschulabschluss, Berufserfahrung, Referenzen) nachgewiesen werden können.
- 7.3 Der Auftragnehmer befolgt ausschließlich die Weisungen und Anordnungen der vorgenannten Projektleiter und Vertreter des Auftraggebers.

§ 8 Abnahme

- 8.1 Der Auftraggeber hat die vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen als Ganzes im Rahmen einer Schlussabnahme förmlich in einem Abnahmeprotokoll abzunehmen, sofern die Leistungen vollständig, vertragsgerecht und mängelfrei erbracht worden sind und der Auftragnehmer die Fertigstellung schriftlich angezeigt hat. Teilabnahmen sind ausgeschlossen.

Die Abnahmewirkung tritt ein, wenn das Abnahmeprotokoll von beiden Parteien unterzeichnet worden ist. Wenn der Auftraggeber die Abnahme nicht erklärt oder ausdrücklich verweigert, obwohl die Leistungen des Auftragnehmers vollständig, vertragsgerecht und im Wesentlichen mängelfrei erbracht worden sind, kann der Auftragnehmer den Auftraggeber schriftlich und unter Fristsetzung auffordern, die Abnahme durch Unterzeichnung des Abnahmeprotokolls zu erklären. Der Ablauf der Frist gilt als Abnahmezeitpunkt, sofern der Auftraggeber das Abnahmeprotokoll nicht bis dahin unterzeichnet hat.

- 8.2 Einzelne Projektstufen werden nicht rechtsgeschäftlich abgenommen, es sei denn, der Vertrag wird wegen nicht beabsichtigter Folgebeauftragung beendet und die Leistungen der abzunehmenden Projektstufen sind fertiggestellt; dann gilt Ziffer 8.1 dieses Vertrages entsprechend.
- 8.3 Die Erfüllung von geschuldeten Teilerfolgen oder Freigabe von Unterlagen bewirkt keine Teilabnahme und hat keine Abnahmewirkungen.
- 8.4 Soweit sich der Auftraggeber bei der Abnahme Mängelrechte vorbehalten will, hat er den entsprechenden Vorbehalt bei der Abnahme (-erklärung) in dem Abnahmeprotokoll schriftlich zu erklären. Schadensersatzansprüche bleiben davon unberührt.

§ 9 Pauschalfestpreise

- 9.1 Für die Leistungen nach diesem Vertrag erhält der Auftragnehmer ein Honorar nach Maßgabe seines Angebots (**Anlage 3**).
- 9.2 Pauschalierung

Das Honorar für die in Projektstufe 2 übertragenen Leistungen beträgt als fest vereinbartes Pauschalhonorar EUR ... (in Worten: ...) **[wird vor Vertragsschluss ergänzt]** zzgl. der jeweils gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit diese tatsächlich anfällt.

Das Honorar für die in Projektstufe 3 übertragenen Leistungen beträgt als fest vereinbartes Pauschalhonorar EUR ... (in Worten: ...) **[wird vor Vertragsschluss ergänzt]** zzgl. der jeweils gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit diese tatsächlich anfällt.

Das Honorar für die in Projektstufe 4 übertragenen Leistungen beträgt als fest vereinbartes Pauschalhonorar EUR ... (in Worten: ...) **[wird vor Vertragsschluss ergänzt]** zzgl. der jeweils gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit diese tatsächlich anfällt.

Das Honorar für die in Projektstufe 5 übertragenen Leistungen beträgt als fest vereinbartes Pauschalhonorar EUR ... (in Worten: ...) **[wird vor Vertragsschluss ergänzt]** zzgl. der jeweils gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit diese tatsächlich anfällt.

Eine Preisgleitung ist ausgeschlossen.

Dieses Pauschalhonorar wird auf Basis der folgenden Bemessungsgrundlage ermittelt, wobei der vom Auftragnehmer eingeräumte Rabatt berücksichtigt wird:

Gesamtkosten: Dem vereinbarten Pauschalhonorar für alle Projektstufen liegen die für das Gesamtprojekt budgetierten und (eilvernehmlich) festgelegten Kosten von **EUR 8,15 netto Mio. (KG 300/400)** zugrunde.

Auf Basis der Kostenberechnung über EUR 8,15 Mio. netto (KG 300/400) hat der Bieter sein Honorar gemäß den im Angebotsformular genannten Konditionen pauschal kalkuliert. Aufgrund der Pauschalierung darf ein höheres Honorar auch dann nicht gefordert werden, wenn die anrechenbaren Kosten höher liegen sollten. Das Honorar verringert sich allerdings auch dann nicht, wenn die anrechenbaren Kosten niedriger liegen sollten.

- 9.5 Im vereinbarten Honorar enthalten sind alle übertragenen Leistungen des Auftragnehmers einschließlich etwaiger notwendiger Überarbeitungen bereits fertig gestellter Unterlagen bei unveränderten oder nur unwesentlich veränderten Anforderungen sowie einschließlich sämtlicher Vervollständigungen und Optimierungen. Des Weiteren enthalten sind Neben- und Reisekosten.
- 9.6 Der Auftragnehmer hat im Vergabeverfahren einen Projekteinsatzplan mit zugesicherten Präsenz- und Einsatzzeiten pro Monat eingereicht. Sollten diese Präsenz- und Einsatzzeiten nicht nachweisbar sein, darf der Auftraggeber das Honorar entsprechend kürzen. Der Auftraggeber wird entsprechende Nachweise zu den Präsenz- und Einsatzzeiten nur vom Auftragnehmer fordern, wenn die Leistungserbringung nicht zu seiner Zufriedenheit ist und er das auf unzureichende Präsenz- und Einsatzzeiten zurückführt.
- 9.7 Sofern der Auftragnehmer einzelne Leistungen aus einer abgeschlossenen und vom Auftraggeber nach Übergabe des jeweiligen Abschlussberichtes freigegebenen Projektstufe aus Gründen wiederholen muss, die er nicht zu vertreten hat oder die er nicht mit verursacht hat, kann eine Zusatzvergütung nur verlangt werden, wenn dadurch nachweislich ein Arbeits- und Zeitaufwand entstanden ist. Sofern der Auftragnehmer eine

Zusatzvergütung beansprucht, hat er dies mit Angabe des Inhalts und des Umfangs der zusätzlichen Leistungen und der voraussichtlichen Höhe des zusätzlichen Honorars dem Auftraggeber zuvor schriftlich anzuzeigen und zu begründen. Vor Beginn der Ausführung dieser Leistungen ist schriftlich zu vereinbaren, ob ein Anspruch auf Zusatzvergütung dem Grunde oder der Höhe nach gegeben ist.

- 9.8 Beansprucht der Auftragnehmer eine Zusatzvergütung, hat der dies mit der Angabe des Umfangs der zusätzlichen Leistungen und der voraussichtlichen Höhe des geforderten Honorars dem Auftraggeber zuvor schriftlich anzuzeigen und zu begründen. Vor Beginn dieser Leistung ist hierüber eine schriftliche Vereinbarung zu treffen. Kommt keine Vereinbarung über die Höhe der Vergütung zustande, ist der Auftragnehmer dennoch verpflichtet, die Leistungen auszuführen, wenn der Auftraggeber die Vergütungspflicht dem Grunde nach anerkennt.
- 9.9 Verzögert sich die Projektdauer wesentlich durch Umstände, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, so ist für Mehraufwendungen eine zusätzliche Vergütung zu vereinbaren. Eine Überschreitung der Projektlaufzeit (48 Monate) um bis zu sechs Monate ist vom Honorar abgegolten.
- 9.10 Sämtliche Nebenkosten sind mit dem unter den Ziffern 9.1 bis 9.4 vereinbarten Honorar abgegolten.

§ 10 Rechnungsstellung/Zahlungsbedingungen

- 10.1 Der Auftragnehmer hat Anspruch auf Zahlung für erbrachte einzelne Projektstufen einschließlich Umsatzsteuer. Als solche Teilleistungen gelten die einzelnen Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung.
- 10.2 Die Fälligkeit von Abschlagszahlungen tritt mit Ablauf einer Prüfungsfrist von 21 Kalendertagen nach Vorlage einer prüfbaren Abschlagsrechnung unter Ausweisung der Umsatzsteuer ein.
- 10.3 Sofern der Auftragnehmer seine Leistungen vertragsgemäß und vollständig erbracht und die geschuldeten Unterlagen vorgelegt hat und eine (Schluss-)Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers gemäß § 8 dieses Vertrages durchgeführt worden ist, ist das vereinbarte Honorar für die erbrachten und nachgewiesenen Leistungen nach Erstellung einer prüfbaren Honorarschlussrechnung zur Zahlung innerhalb von 21 Tagen fällig.
- 10.4 Die Rechnungen sind als PDF zu senden an
Michael.Wilms@kaarst.de

- 10.5 Nachforderungen nach einer einmal erteilten Schlussrechnung sind ausgeschlossen, wenn der Auftraggeber hierauf entsprechende Zahlung geleistet hat und er davon ausgehen durfte, dass der Auftragnehmer mit der Schlussrechnung eine endgültige Bewertung und Abrechnung seiner Leistungen vorgenommen hat.

§ 11 Mängelhaftung/Haftpflichtversicherung

- 11.1 Die Gewährleistung/Mängelhaftung des Auftragnehmers richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts. Der Auftragnehmer steht für die Einhaltung und Erfüllung der vereinbarten Vertrags- und Projektziele und des geschuldeten Werkerfolges ein. Der Auftragnehmer haftet für einen von ihm verursachten und verschuldeten Schaden unbeschränkt.
- 11.2 Die Mängelansprüche des Auftragnehmers verjähren nach Ablauf von fünf Jahren beginnend mit der Abnahme gem. § 8 dieses Vertrages.
- 11.3 Bei Nichtbefolgung der vom Auftragnehmer erstellten Entscheidungsvorlagen durch den Auftraggeber wird der Auftragnehmer von der Haftung insoweit befreit. Dies gilt nicht, wenn der Auftraggeber begründete Bedenken gegen die Entscheidungsvorlage angemeldet hat und der Auftragnehmer auf Befolgung seiner Entscheidungsvorlage besteht oder die vom Auftragnehmer erstellte Entscheidungsvorlage inhaltlich unrichtig, unvollständig oder mangelhaft war, ohne dass dies der Auftraggeber hätte erkennen können.
- 11.4 Die Haftung des Auftragnehmers für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Mängelfreiheit seiner Leistungen bleibt bis zur jeweiligen Abnahme nach § 8 dieses Vertrages unberührt, auch wenn der Auftraggeber sie vorbehaltlos entgegennimmt, anerkennt oder freigibt.
- 11.5 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine ausreichende Haftpflichtversicherung mit den folgenden Mindest-Deckungssummen abzuschließen und bis zum Ablauf der Mängelhaftungsfristen nach § 11 Ziffer 11.2 dieses Vertrages aufrecht zu erhalten.
- für Personen-/Sachschäden 2.000.000,00 EUR
 - für Vermögensschäden 1.000.000,00 EUR

Die Mindest-Deckungssummen haben je Schadensfall mit jeweils mindestens einer zweifachen Maximierung pro Versicherungsjahr zur Verfügung zu stehen.

Durch Vorlage einer Bestätigung seiner Versicherung inkl. dem Nachweis, dass die Haftpflichtversicherung auch Schäden mit erfasst, die wegen fehlerhafter Kosten- und Terminplanung und Kosten- und Terminsteuerung verursacht wurden, hat der Auftragnehmer nachzuweisen, dass die Haftpflichtversicherung auch Schäden mit erfasst, die wegen fehlerhafter Kosten- und Terminplanung und Kosten- und Terminsteuerung verursacht wurden.

Der Nachweis der Haftpflichtversicherung ist unaufgefordert nach Auftragsvergabe unverzüglich, das heißt innerhalb von zwei Wochen nach Zuschlagserteilung dem Auftraggeber vorzulegen. Der Auftragnehmer hat vor Nachweis der Haftpflichtversicherung mit vorstehenden Deckungssummen keinen Anspruch auf Auszahlung einer Vergütung.

Jede Änderung des Versicherungsschutzes ist dem Auftraggeber unverzüglich anzuzeigen.

§ 12 Aufrechnung und Zurückbehaltungsrechte, Herausgabe von Unterlagen

- 12.1 Der Auftragnehmer kann gegen Ansprüche des Auftraggebers nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen gegenüber dem Auftraggeber aufrechnen. Entsprechendes gilt für die Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten.
- 12.2 Die vom Auftragnehmer zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Original-Unterlagen (Zeichnungen, Pläne etc.) sind dem Auftraggeber übersichtlich und vollständig als Pausen und Kopien in 3-facher Ausfertigung und als elektronische Medien (auf Datenträger) vor Stellung der Schlussrechnung auszuhändigen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber dessen Unterlagen unaufgefordert zurückzugeben, wenn er sie zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nicht mehr benötigt bzw. auf Anforderung des Auftraggebers zu vernichten. Weitere im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung zur Verfügung gestellten Unterlagen hat er nach Ablauf der Mängelverjährungsfrist zu vernichten.
- 12.3 Der Auftragnehmer ist berechtigt, die von ihm im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung erstellten Unterlagen mit Ausnahme der Rechnungsunterlagen nach Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche seit Erteilung der Honorarschlussrechnung zu vernichten. Zuvor hat er jedoch dem Auftraggeber die Übergabe dieser Unterlagen kostenfrei anzubieten und ihn von der beabsichtigten Vernichtung schriftlich zu benachrichtigen.
- 12.4 Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers an den von ihm erstellten Unterlagen, die für die Durchführung der Planung und die Realisierung des Bauvorhabens erforderlich sind, ist ausgeschlossen. Der Auftragnehmer ist insoweit bis zur Fertigstellung der geschuldeten Leistungen vorleistungspflichtig. Etwas anderes gilt bei einer ordentlichen Kündigung des Auftraggebers oder bei einer Kündigung des Auftragnehmers aus wichtigem Grund, die der Auftraggeber zu vertreten hat. In diesen Fällen steht dem Auftragnehmer bis zum Ausgleich berechtigter und fälliger Honoraransprüche durch den Auftraggeber ein Zurückbehaltungsrecht an den von ihm erstellten Unterlagen zu. Dieses Zurückbehaltungsrecht erlischt, wenn der Auftragnehmer nicht binnen vier Wochen nach

Zugang der Kündigung eine prüfbare Honorarschlussrechnung vorgelegt oder wenn der Auftraggeber ein dringliches Interesse an der Vorlage der Unterlagen dargelegt hat.

§ 13 Nutzungsrechte

- 13.1 Der Auftragnehmer überträgt dem Auftraggeber ausschließliche, übertragbare und in jeder Hinsicht unbeschränkte Nutzungsrechte an allen im Rahmen der Leistungserbringung für den Auftraggeber gefertigten Ausarbeitungen. Der Auftraggeber erhält insbesondere das Recht, die vorgenannten Unterlagen zu vervielfältigen, zu veröffentlichen, zu bearbeiten und insbesondere zu ändern. Die Nutzungsrechte sind mit der vertraglichen Vergütung vollständig abgegolten. Die vorstehenden Regelungen gelten auch dann, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet.
- 13.2 Der Auftraggeber darf die vom Auftragnehmer erstellten Unterlagen ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen, ändern und verwerten und diese Rechte auf Dritte, insbesondere auf den jeweiligen zur Verfügung über das Grundstück Berechtigten übertragen.
- 13.3 Der Auftraggeber ist, auch im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages oder im Falle der Nichtbeauftragung weiterer Leistungen im Falle einer vereinbarten Stufenbeauftragung berechtigt, das Projekt ohne Mitwirkung des Auftragnehmers zu vollenden.

§ 14 Vertragsdauer und Kündigung

- 14.1 Der Vertrag tritt mit Unterzeichnung in Kraft. Der Vertrag endet mit Fertigstellung der ersten Projektstufe, sofern nicht die nachfolgende Projektstufe beauftragt wird, spätestens jedoch mit Abschluss der Projektstufe 5.
- 14.2 Der Auftraggeber kann den Vertrag über die gesetzlichen Rücktrittsrechte und Kündigungsrechte hinaus aus wichtigem Grund fristlos kündigen. Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt insbesondere vor, wenn der Auftraggeber seine Projektsteuerungs- und/oder Bauabsichten für das Bauvorhaben aufgibt, das Baugrundstück an einen Dritten veräußert, wenn das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Auftragnehmers beantragt worden oder seine Leistungsfähigkeit aus anderen Gründen so nachhaltig beeinträchtigt ist, dass ein Vertrauen in die weitere vertragsgerechte Erfüllung nicht mehr besteht.
- 14.3 Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt auch dann vor, wenn der Auftragnehmer einer Weisung des Auftraggebers auch nach mehrfacher Aufforderung und trotz Mahnung durch den Auftraggeber nicht nachkommt oder nachhaltig die Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen vernachlässigt bzw. unterlässt, bzw. die im Angebot zugesicherten Reaktionszeiten innerhalb eines Zeitraums von zwei Monaten mehr als 3 mal nicht einhält.

- 14.4 Im Falle wiederholter und vom Auftragnehmer verschuldeter Terminüberschreitungen nach entsprechender angemessener Fristsetzung und Abmahnung ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen und die Ausführung aller vertraglich vereinbarten Leistungen des Auftragnehmers an Dritte auf Kosten des Auftragnehmers zu übertragen sowie Schadensersatz statt der Leistung geltend zu machen.
- 14.5 Hat der Auftraggeber aus wichtigem Grund gekündigt oder hat der Auftragnehmer aus einem Grund gekündigt, dessen Eintritt der Auftraggeber nicht zu vertreten hat, so sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, nachgewiesenen und vom Auftraggeber verwertbaren Leistungen einschließlich der für diese Leistungen nachweisbar entstandenen Nebenkosten zu vergüten bzw. zu erstatten. Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben im Falle einer vom Auftraggeber ausgesprochenen Kündigung aus wichtigem Grund unberührt. Der Auftraggeber ist insbesondere berechtigt, die infolge der Kündigung entstandenen oder entstehenden Mehrkosten, vor allem aus der Beauftragung eines Dritten oder solche, die infolge eines Leistungsverzugs des Auftragnehmers entstehen oder entstanden sind, vom Auftragnehmer ersetzt zu verlangen und damit gegen einen etwaigen restlichen Honoraranspruch des Auftragnehmers aufzurechnen.
- 14.6 In allen anderen Fällen, insbesondere wenn der Auftraggeber ohne wichtigen Grund gekündigt hat oder der Auftragnehmer aus wichtigem Grund gekündigt hat, den der Auftraggeber zu vertreten hat, erhält der Auftragnehmer für die ihm übertragenen Leistungen das vereinbarte Pauschalhonorar unter Abzug ersparter Aufwendungen, die zwischen den Vertragsparteien einvernehmlich zur Vermeidung der Ermittlung und/oder Aufdeckung der betriebswirtschaftlichen Kalkulation des Auftragnehmers auf 40 % der gekündigten Projektstufe pauschal festgelegt werden. Dem Auftragnehmer steht mithin ein Pauschalhonorar für die an ihn beauftragten, jedoch von ihm wegen der Kündigung nicht mehr erbrachten Leistungen in Höhe der Differenz (von 100% zu 40 %), mithin in Höhe von 60 % des vereinbarten Honorars für die gekündigte Projektstufe zu. Ansprüche für noch nicht beauftragte Projektstufen sind ausgeschlossen.
- 14.7 Im Falle einer Kündigung oder sonstigen Beendigung des Vertrages hat der Auftragnehmer seine Leistungen so abzuschließen, dass der Auftraggeber die Leistungen ohne Schwierigkeiten übernehmen und die Weiterführung derselben durch einen Dritten veranlassen kann. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den vollständigen Leistungsstand bis zum Zugang der Kündigung innerhalb von sieben Tagen nach Zugang derselben durch Vorlage aller bereits erbrachten Leistungen und Unterlagen nachzuweisen und einen entsprechenden Statusabschlußbericht vorzulegen.
- 14.8 Die Abrechnung des tatsächlich bis zum Zugang der Kündigung gegebenen Leistungsstandes erfolgt auf der Grundlage der vom Auftragnehmer vorgelegten Unterlagen und Dokumentationen. Im Streit- oder Zweifelsfalle steht dem Auftraggeber

das Recht zu, den Leistungsstand nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) zu bestimmen. Dem Auftragnehmer bleibt vorbehalten, das vom Auftraggeber ausgeübte billige Ermessen durch einen von beiden Parteien eingeschalteten Sachverständigen überprüfen zu lassen. Das Recht auf Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung bleibt davon unberührt. Die vereinbarte Vergütung in allen vorgenannten Fällen bleibt von diesem Leistungsbestimmungs- und Überprüfungsrecht ebenfalls unberührt.

14.9 Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 15 Tariftreue

Es gelten die BVB des Landes NRW zur Tariftreue (**Anlage 4**).

§ 16 Geheimhaltung, Datenschutz, IT-Sicherheit

- 16.1 Der Auftragnehmer wird, soweit nicht anders vereinbart, alle Informationen über Geschäftsvorgänge vertraulich behandeln, Aufzeichnungen über Geschäftsvorgänge unterlassen, Leistungen und Arbeitsergebnisse nicht weitergeben und seine Kenntnisse über die Nutzung der Arbeitsergebnisse durch den Auftraggeber ebenfalls vertraulich behandeln. Die Vertraulichkeitspflicht dauert auch nach dem Ende der Zusammenarbeit an. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer sämtliche an ihn oder seine Erfüllungsgehilfen übergebenen Arbeitsunterlagen, Datenträger und sämtliche Kopien davon, zurückzugeben oder zu vernichten. Die im Einzelfall vereinbarten Regelungen zur Geheimhaltung sind zu beachten.
- 16.2 Der Auftragnehmer wird die einschlägigen bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten. Die im Einzelfall vereinbarten besonderen Regelungen zum Datenschutz sind zu beachten.
- 16.3 Hard- und Software des Auftraggebers darf nur von berechtigten Personen und ausschließlich für die vereinbarten Tätigkeiten genutzt werden. Zugriffsicherungen und Passwörter sind geheim zu halten. IT-Sicherheitsvorfälle sind dem Auftraggeber sofort zu melden. Die im Einzelfall vereinbarten besonderen Regelungen zur IT-Sicherheit sind zu beachten.
- 16.4 Der Auftragnehmer hat seine Mitarbeiter und Erfüllungsgehilfen über diese Pflichten zu informieren und sie in geeigneter Weise zu verpflichten. Der Auftraggeber kann geeignete Maßnahmen treffen, um die Einhaltung dieser Bestimmungen zu überwachen.

§ 17 Veröffentlichungen

Der Auftragnehmer darf Hinweise auf seine Tätigkeit im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber sowie Veröffentlichungen über die Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vornehmen. Als Veröffentlichungen in diesem Sinne gelten auch die Beschreibung der Ausführung, die Bekanntmachung von Zeichnungen, Berechnungen oder andere Unterlagen, ferner Lichtbild-, Film-, Hörfunk und Fernsehaufnahmen. Insbesondere die Verwendung von Logos oder Marken des Auftraggebers bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

§ 18 Gerichtsstand

Gerichtsstand für alle Streitigkeiten ist Kaarst.

§ 19 Salvatorische Klausel/Vertragsänderungen und -ergänzungen/Ansprechpartner

- 19.1 Sollten einzelne dieser Bestimmungen und/oder einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen davon unberührt. Soweit Bestimmungen nicht Vertragsbestandteil geworden oder unwirksam sind, richtet sich deren Inhalt nach den gesetzlichen Vorschriften.
- 19.2 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

Ort, Datum

Ort, Datum

Auftraggeber

Auftragnehmer